heit bestand aus Sozialdemokraten und Zentrum. — Bei Wortmeldungen wird jetzt vom Präsidium die Praxis geübt, daß von jeder Partei die erste Rednergarnitur zu Worte kommt, dann die zweite und dritte Garnitur. Es liegt im Belieben des Präsidiums, wann es einem Redner das Wort erteilen will. Will Zentrum und Sozialdemokratie also durch unnützes Reden die positive Arbeitsleistung des Reichstags schädigen, auf sehr kindische Weise Obstruktion treiben, so steht es der Mehrheit frei, jedesmal nach Erledigung der ersten Rednergarnitur noch einige Redner der Mehrheit zu Worte kommen zu lassen und sodann einen Schlußantrag anzunehmen, der den Causeuren der schwarzroten Waffenbrüderschaft das Konzept verdirbt. In dieser Richtung sind bereits Schritte unternommen worden und die Blockparteien sind sich in dieser Taktik einig.

* **Ein Korrektur Posadowskys.** In einem Schreiben an die „Times" wendet sich Lord Rosebery gegen die Ausführung des Staatssekretärs Grafen Posadowsky in der Reichstagssitzung vom 11. dieses Monats, in der Graf Posadowsky gesagt hatte, in England wolle man Invalidenpensionen für Arbeiter einführen und mit Staatsmitteln kleine Bauern ansiedeln und da trete ein Führer der englischen Liberalen, der früher Ministerpräsident gewesen sei, auf und werfe der Regierung vor, daß sie hierdurch Revolution und Umsturz herbeiführe. Lord Rosebery schreibt, Graf Posadowsky sei augenscheinlich nicht gut unterrichtet gewesen, da die Rede, auf die Graf Posadowsky Bezug nehme, in keiner Weise seiner Behauptung entspreche. Rosebery fügt hinzu, er wünsche nur den Irrtum, in dem Graf Posadowsky verleitet sei, zu berichtigen, da eine unzutreffende Darstellung, die von einer so hervorragenden Autorität ausgehe, nicht ohne Erwähnung bleiben dürfe.

* **Sport und Spiel an den Universitäten.** Der Abg. Dr. Bemmer hat bei der zweiten Beratung des preußischen Kultusetats den Wunsch ausgesprochen, daß an den Universitäten Sport und Spiel stärker gefördert werden möchten. Geheimer Oberregierungsrat Dr. Elster antwortete darauf: es geschehe darin mehr als früher, und man werde in weiter fortfahren. Das ist sehr schön, aber es bleibt die Frage, ob gegenwärtig auch nur annähernd genug zur Pflege der leiblichen Tüchtigkeit unserer Studenten geschehe. Sachkundige Beurteiler, wie der Berliner Professor Alois Brandl, der unsere Zustände mit den amerikanischen verglichen hat, bejaht diese Frage durchaus nicht. Brandl betont im Gegenteil, daß die gepflegte Lebensweise der amerikanischen Studenten in gesunder Umgebung und mit körperlicher Leibesübung von ihm jene verhängnisvolle Nervosität abwehre, die bei uns jeden vierten bis fünften Kandidaten knapp vor der Staatsprüfung zwinge, seinen Termin verfallen zu lassen. Hieran knüpft Brandl im Aprilheite der „Deutschen Rundschau" u. a. folgende Ausführungen: „Wie viele von meinen braven Schülern wohnen in einem Hofe von Berlin N oder O, wo sie niemals ein grünes Blatt sehen, dagegen allerlei schlechtes Volk; für ihr Mittagessen sorgt der erwerbsüchtige Wirt eines billigen Restaurants; ihre beste Leibesübung beschränkt sich zu häufig auf einen stillen Spaziergang durch die Anlagen. Giebt nicht das Dienstjahr dem Manne einen kräftigen Ruck und eine heilsame Bürste, so neigt er schon in frühen Jahren zum stubigen Stubengeschöpf . . . Was unsere Universitätshörer speziell in Berlin betrifft, wie viele prächtige Waldflächen liegen unbenutzt an der Havel draußen, sind öffentliches Eigentum, könnten jetzt mit den billigsten Verkehrsmitteln in einer Stunde vom Auditoriengebäude erreicht werden und ließen sich mit geringen Kosten in die schönsten Spiel- und Wohnstätten für unsere edelste Jugend verwandeln! Wir haben Arbeiterkolonien und Ferienkolonien, aber Studentenkolonien wären für Großstädte wie Berlin und Leipzig nicht minder wohltätig. Dank und Segen dem Rektor, dem es gelingt, diese unabweisbare Angelegenheit in Fluß zu bringen!" Brandls Standpunkt deckt sich dem Ziele nach auch mit dem des Abg. v. Schenckendorff, der zahlenmäßig nachwies, wie weit die Pflege der Leibesübungen auf den Universitäten bei uns zurück steht. Möge darin sobald als möglich Wandel geschaffen werden.

h. **Anarchistische Berichte über die Anarchistenkonferenz in Mannheim.** Ueber die Beschlüsse der Anarchistenkonferenz bei Mannheim liegen jetzt aus anarchistischen Quellen Berichte vor, die uns ein klares Bild von der beabsichtigten anarchistischen Organisation geben. Es waren auf der Konferenz auf freiem Felde 42 Delegierte versammelt. Es waren vertreten die Städte Mannheim, Ludwigshafen, Stuttgart, Heilbronn, Offenbach, Frankfurt a. M., Mainz, Wiesbaden, Elberfeld, Bremerhaven, Hamburg, Berlin; auch das Ausland hatte etliche Anarchisten geschickt. Es wurde beschlossen, die anarchistische Organisation mit aller Kraft zu fördern. Ueberall, wo der Anarchismus Eingang gefunden habe, sollten sich eine oder mehrere Gruppen bilden, welche die Mittel anschaffen sollten, um die anarchistische Agitation zu betreiben. Die Gruppen eines bestimmten Bezirks oder Industriebezirks sollten sich zusammenschließen, um in diesem Bezirke sich gegenseitig in der Agitation auszuhelfen. Sämtliche Gruppen haben sich als Teile der anarchistischen Föderation Deutschlands anzuschließen. Diese Föderation hat eine Geschäftskommission von 6 Mitgliedern; Sitz derselben ist Berlin. Diese Geschäftskommission hat die Leitung der anarchistischen Agitation in ganz Deutschland; gleichzeitig soll ihr die Aufgabe zufallen, mit der anarchistischen Organisation des Auslandes Beziehungen anzuknüpfen und dieselben recht innig zu gestalten. Natürlich braucht die Geschäftskommission Geld; dasselbe haben die Gruppen durch Vertreibung von Bons aufzubringen, 75 Proz. dieser Einnahmen fließen den Gruppen zu, 25 Proz. bekommt die Geschäftskommission in Berlin. Man sieht, man hat es hier mit einer sehr geschickt aufgebauten Organisation zu tun, das ganze Vorgehen der Anarchisten, das bis jetzt ziellos war, ist nun in bestimmte Formen gegossen und kann darum ganz besonders gefährlich werden.

-er. **Verband sächsischer Industrieller.** In der gestrigen Vorstandssitzung sind 170 neue Mitgliedsfirmen aufgenommen worden. Die Zahl der Mitglieder des Verbandes ist dadurch auf 3200 erhöht worden. Das stetige Anwachsen der Mitgliederzahl beweist, daß die Ziele, welche der Verband verfolgt, in den Kreisen der sächsischen Industrie mit lebhaftem Interesse verfolgt wird und daß die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer starken Organisation sich in immer weiteren Kreisen Bahn bricht.

* **Badische Ernennungen.** Der Direktor der Regierung von Schwaben und Neuburg, Anton Frhr. v. Aretin, ist zum Regierungspräsidenten der Oberpfalz und Regensburg und der Direktor des Verwaltungsgerichtshofes Karl v. Müller zum Regierungspräsidenten von Unterfranken ernannt worden.

* **Preußischer Landtag.** Das Abgeordnetenhaus überwies zunächst nach unerheblicher Debatte die Gesetzentwürfe über Abänderungen des Pensionsgesetzes für die unmittelbaren Staatsbeamten, sowie betr. die Witwen- und Waisenfürsorge an die Budgetkommission und trat sodann in die Beratung der Entwürfe des Richterbesoldungsgesetzes ein. Im Laufe der Debatte empfiehlt der Justizminister den Gesetzentwurf zur Annahme und erklärt, der Grundgedanke des Entwurfes sei, den Richtern der ersten Instanz Dienstaltersstufen zu gewähren, weil anerkanntermaßen diese Art der Gehaltsregulierung wesentliche Vorzüge vor dem jetzigen Verfahren habe. Maßgebend sei auch das Bestreben gewesen, den Richter erster Instanz mit dem Verwaltungsbeamten mit gleicher Vorbildung gleichzustellen. Darauf wird die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Bei der sodann Weiterberatung beim Kapitel höhere Lehranstalten treten die Redner sämtlicher Parteien für die Aufbesserung der Oberlehrergehälter ein. Das Haus nimmt schließlich einen Antrag an, nach dem die Gleichstellung der Oberlehrer an den höheren Lehranstalten im Gehalt mit den Verwaltungsbeamten und Richtern bei der allgemeinen Neuregelung der Beamtengehälter erfolgen soll. Hierauf vertagt sich das Haus um 3¼ Uhr. Weiterberatung des Kultusetats Montag 11 Uhr.

* **Zum Bau einer protestantischen Kirche in Gnesen.** Im Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses ist heute der Bau einer protestantischen Kirche in Gnesen zur Sprache gekommen. Es wurde dazu mitgeteilt, daß ein solcher Bau geplant sei, daß die Kirche „aber wahrscheinlich nicht innerhalb sondern außerhalb der Stadt errichtet werden würde". — In dieser Form kann die erteilte Auskunft zu Mißverständnissen peinlichster Art Anlaß geben. Denn jene Auskunft vermag bei dem mit den örtlichen Verhältnissen Gnesens nicht Vertrauten den Eindruck hervorzurufen, als ob die preußische Staatsregierung gegen die Errichtung einer protestantischen Kirche innerhalb der alten polnischen Erzbischofs- und Krönungsstadt Bedenken hege. Es bedarf keiner Begründung, weshalb die Mutmaßung einer solchen Rücksicht auf das polnische Rom unter den heutigen Verhältnissen als schlechthin unerträglich angesehen werden müßte. Erfreulicher Weise scheidet die Möglichkeit für jene Vermutung auf Grund der tatsächlichen örtlichen Verhältnisse Gnesens von vornherein aus. Denn eine protestantische Kirche innerhalb Gnesens gibt es bereits, und zwar liegt diese an einer Hauptstraße der Stadt, an der Bahnstraße, in unmittelbarer Nachbarschaft des Kriegerdenkmals. Wenn jetzt eine neue protestantische Kirche außerhalb der Stadt erbaut werden soll, so kann die Wahl des Platzes nur mit Rücksicht auf eine Erweiterung der Stadt erfolgt sein. Die Oeffentlichkeit hätte sich mit dem Platz der neuen protestantischen Kirche Gnesens überhaupt nicht zu beschäftigen brauchen, wenn nicht von einer Seite, die leztbin über Posener Angelegenheiten wiederholt sensationell zugestutzte unzutreffende Mitteilungen verbreitete, die Nachricht ausgesprengt worden wäre, daß als Gegenstück zum Gnesener katholischen Dom in dessen Nähe eine protestantische Prunkkirche erbaut werden solle.

* **Der neue Woermann-Prozeß.** Der Prozeß Woermann wider die „Frankf. Ztg." findet am 20. April vor dem Schöffengericht in Hamburg, nicht in Frankfurt a. M. statt.

* **Aus der elektrotechnischen Industrie.** Der Verein zur Wahrung gemeinsamer Wirtschaftsinteressen der deutschen Elektrotechnik, dessen Jahresversammlung am 10. April in Berlin unter dem Vorsitze des Direktors Az. Haffner-Frankfurt a. M. stattfand, faßte nach einem Vortrage des Syndikus Dr. Bürner bezüglich der sozialpolitischen Bestrebungen der technischen Angestellten folgende Resolution: „Der Verein erkennt die Bestrebungen der technischen Angestellten, die auf eine Gleichstellung ihrer rechtlichen Lage mit derjenigen der kaufmännischen Angestellten hinzielen und die in der Eingabe des Deutschen-Techniker-Verbandes vom 8. Oktober 1905 an den Reichstag, sowie in dem bekannten Bassermannschen Initiativantrage zum Ausdruck gekommen sind, im allgemeinen als berechtigt an, erwartet aber bei der Regelung dieser Reichsmaterie eine genügende Rücksichtnahme auf die besonderen Verhältnisse in der Industrie gegenüber denjenigen im Handelsgewerbe." In den Vorstand wurden neu gewählt die Herren Direktoren Dr. F. Braun (Hartmann & Braun Aktien-Gesellschaft Frankfurt a/Main), G. Busch (F. W. Busch-Eldenscheid), George (Bergmann Elektrizitäts-Werke Aktien-Gesellschaft Berlin), Dr. Paul Meyer-Berlin, B. Spielmeyer (Süddeutsche Kabelwerke-Mannheim) und E. Zitzmann (Reiniger, Gebbert & Schall-Erlangen). Das geschäftsführende Präsidium besteht im neuen Vereinsjahre aus den Herren Direktor E. Rasch (Aktiengesellschaft Mix & Genest-Berlin), Direktor Dr. E. Sieg (Kölner Akkumulatorenwerke Gottfried Hagen-Kalk bei Köln) und Ed. J. von der Heyde-Berlin.

* **Im Hamburger Hafen.** In einer gestern nachmittag im Gewerkschaftshause abgehaltenen Versammlung der ausgesperrten Schauerleute wurde beschlossen, sich mit dem zuerst in der Versammlung vom 10. April abgelehnten Vorschlag des Hafenbetriebsvereins vom 9. April einverstanden zu erklären. Auf Grund dieses Vorschlags sollten damals die Verhandlungen zwischen dem Hafenbetriebsverein und der Organisation der Schauerleute aufgenommen werden. Demnach scheint das Ende des schweren Kampfes durch Nachgeben der Schauerleute näher gerückt zu sein.

Deutsche Kolonien.

* **Die Entschädigung für die Farmer in Südwestafrika.** Endlich ist, wie wir schon gestern früh kurz meldeten, dem Reichstage ein Ergänzungsetat zum Etat für 1907 zugegangen, der 7 500 000 ℳ fordert zur Hilfeleistung aus Anlaß von Verlusten infolge des Eingeborenenaufstandes in Südwestafrika und 30 000 ℳ zu Beihilfen für Beamte und Militärpersonen und deren Hinterbliebenen für Verluste an Inventarien, Materialien usw. Die Erläuterungen zu der ersten Forderung besagen, daß von dem insgesamt auf 10 045 736 ℳ festgesetzten Schaden nach Abzug der bereits bewilligten Hilfeleistungen noch rund 7½ Millionen Mark ungedeckt sind. Die zweite Forderung wird damit begründet, daß sich die früher bewilligten 25 000 ℳ nicht als ausreichend erwiesen, wenigstens die wirtschaftliche Lage der Geschädigten, deren Gesamtschaden über 128 000 ℳ beträgt, zu sichern. In der Vorlage ist vorgesehen, daß die 7 530 000 ℳ der in § 2 des Ergänzungsgesetzes für 1907 vorgesehenen Anleihe hinzutreten. Beigefügt ist der Vorlage ein Bericht der Hilfeleistungskommission, datiert Windhuk den 13. Oktober 1906, über die Verwendung der bisher verteilten Mittel und ein Bericht des Dr. Rohrbach vom 19. Oktober 1906 über die Notwendigkeit einer weiteren Hilfeleistung.

* **Afrikanische Verlustliste.** Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Gefreiter Wilhelm Wannags, geb. zu Dresden, früher im Dragoner-Regiment Nr. 1, ist am 29. März in der Krankensammelstelle zu Bethanien an Herzschwäche nach Typhus gestorben.

Husland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Ungarisches Abgeordnetenhaus.** In der Debatte über das Volksschulgesetz ergreift Abgeordneter Meizer (Sachse) das Wort und erklärt, er erkenne an, daß die Erlernung der ungarischen Sprache nützlich und notwendig sei. In den Schulen der Sachsen werde dieser Pflicht auch entsprochen, wenngleich nicht immer mit entschiedenem Erfolge. Die Anordnung in der Vorlage über die disziplinarische Bestrafung der Vernachlässigung des ungarischen Unterrichtes erscheine ihm jedoch als zu weitgehend, sie könne seitens der Regierungsorgane zu Willkürakten mißbraucht werden. Es werde nun immer an der Spitze der Unterrichtsverwaltung ein Mann stehen wie der gegenwärtige Minister, in den er volles Vertrauen setze. Infolge dieser Bedenken gegen die Gesetzesvorlage, die vom Standpunkte der Pädagogik, der Schulautonomie und der einzelnen Konfessionen zu vielen Einwendungen Anlaß biete, müsse er namens der Sachsen die Vorlage ablehnen. Der Unterrichtsminister Graf Apponyi verteidigt hierauf die Vorlage. Er weist darauf hin, daß es sich gegenwärtig darum handle, das Volksschulgesetz mit einer größeren Wirksamkeit auszustatten. Man dürfe die nichtmagyarischen Staatsbürger nicht in einer künstlichen Unkenntnis der ungarischen Staatssprache erhalten, da sie dadurch auch von der politischen Betätigung ausgeschlossen würden. Es werfe ein schlechtes Licht auf ihre Staatstreue, wenn einzelne Agitatoren unter den Rumänen und Slowaken ihre Stammesgenossen den Magyaren gegenüber lieber in Nachteil setzen wollten, nur damit diese infolge der Aneignung der ungarischen Sprache nicht mehr Anhänglichkeit und Hingebung für den Staat eingeflößt werde. Was die angebliche pädagogische Schwierigkeit betreffe, so verweist der Unterrichtsminister auf die Volksschulen der Schweiz und Belgiens, wo zweisprachiger Unterricht erfolgreich erteilt werde. Nur im Falle einer staatsfeindlichen Agitation schreite die Staatsbehörde ein, und dann, wenn das konfessionelle Aufsichtsorgan es unterlasse, einzugreifen. Der vorliegende Gesetzentwurf greife niemands in den Wirkungskreis einzelner Konfessionen oder Nationalitäten ein.

Frankreich.

* **Grenzenlose Bosheit.** „Gaulois" erzählt, die französische Regierung habe sich darum so sehr beeilt, den General Baillaud zu versetzen, weil gerade am Tage der Veröffentlichung der famosen Nancyer Ansprache des Generals dem Minister Pichon ein Besuch Radolins angekündigt worden sei, welcher den Minister in einer Grenzangelegenheit zu sprechen wünschte. Es habe sich dabei um eine ganz unbedeutende Zollnachsichtsangelegenheit gehandelt. Mittlerweile sei die Order an Baillaud schon abgesandt worden. — Also das monarchistische Blatt beschuldigt Frankreichs Auslands-Minister, aus purer Angst vor einer deutschen Beschwerde den unvorsichtigen General gemaßregelt zu haben, und nicht, weil seine Dummheiten in der Tat eine „Nase" verdienten! Der Nachricht des „Gaulois" gegenüber ist die „Agence Havas" dazu ermächtigt, in bestimmtester Form die Erklärung abzugeben, daß alle Angaben, die in diesem Artikel enthalten sind, unbegründet sind. Minister Pichon hat keinerlei Schritte in dieser Angelegenheit unternommen, er hat niemals mit dem Fürsten Radolin über diese Sache gesprochen, ebenso wie er auch mit keinem Worte zu ihm des Vorfalls Erwähnung getan hat.

* **Militärstrafen.** Ein Zirkularerlaß des Marineministers ordnet an, daß die Einstellung von Marinemannschaften, die in Frankreich oder auf den Geschwadern dienen, in die algerische Strafkompagnie nicht mehr stattfinden soll. Mannschaften, gegen die alle Disziplinarmaßregeln ohne Erfolg erschöpft worden sind, sollen in die auf der Insel Oléron gebildete Strafabteilung eingestellt werden.

* **Kirchenpolitisches.** Der Erzbischof von Rouen, Fuzet, richtete an den „Petit Parisien" einen Brief, in dem er in lebhaften Worten die in den Berichten Montagninis gegen ihn und andere Mitglieder des Episkopats erhobenen Anklagen zurückweist. „Es ist höchst bedauerlich", heißt es sodann in dem Schreiben, „zu sehen, wie die große und edle Politik des Papstes durch leichtfertige und voreingenommene Mitteilungen bloßgestellt worden ist. Ich frage mich, ob die nächste Versammlung der Bischöfe nicht die Pflicht haben werde, den Heiligen Vater zu bitten, er möge diese Machenschaften verurteilen und die kirchliche Polizei in allen Diözesen durch Männer von anerkannten Ansehen und Verdienst entsprechend den kanonischen Regeln ausüben lassen." — Ministerpräsident Clemenceau teilte einer Abordnung der Stadt Orléans mit, er werde wegen der Trennung von Kirche und Staat den Beamten und Militärpersonen nicht gestatten, an der Festlichkeit, die demnächst zu Ehren der Jungfrau von Orléans veranstaltet wird, teilzunehmen. Es heißt, der Gemeinderat von Orléans wolle gegen diese Entscheidung Einspruch erheben. — Diese Unbeliebtheit gegen die Pascelle ist eine neue große Unvorsichtigkeit Clemenceaus, die ihm nicht bloß bei den Klerikalen gewaltig schaden wird.

* **Ausstands-Nachrichten.** In dem Stahlwerk in Maubeuge sind 600 Arbeiter in den Ausstand getreten.

England.

* **König Eduards Reise.** Der König und die Königin von England sind gestern vormittag 10 Uhr in Malta eingetroffen; das gesamte englische Mittelmeergeschwader feuerte Salut.

* **Handelspolitisches.** (Privattelegramm unseres Londoner K.-Korrespondenten). In diplomatischen Kreisen erregen die gestern auf dem 33. Jahresbankett der britischen Handelskammer in Paris von deren um die entente cordiale hochverdientem Expräsidenten Bodington und von dem bekannten Pariser Handelsrat Robertson gehaltenen Reden, welche eine vertragliche Ermäßigung des französischen Zolltarifs zugunsten Englands befürworten, großes Aufsehen. Englands Gegenzoll könnte eventuell darin bestehen, daß das „Foreign office" die Zustimmung der Selbstverwaltung der Kolonien zum Abschluß direkter Handelsverträge mit Frankreich gestattet. Bekanntlich steht auf der Tagesordnung der Montag beginnenden Kolonial-Konferenz auch das englische Veto gegen koloniale Gesetze, womit die Frage der Ausdehnung der britischen Meistbegünstigungsverträge von 1862 und 1865 mit Deutschland und Belgien auf Kanada aufgerollt wird. Man nimmt an, das liberale Kabinett ziehe Zugeständnisse an die Kolonien in dieser Richtung deren Zollvereins-Bestrebungen vor, zumal wenn dadurch französische Tarifermäßigungen zu erlangen sind, um so mehr als mit diesem Präzedenz auch der deutsch-kanadische Zollkrieg beigelegt, und der Abschluß des deutsch-englischen Handelsvertrags erleichtert werden könnte.

* **Minister Bothas Ankunft.** Louis Botha, der Premierminister Transvaals, ist auf dem Wege zur Londoner Kolonialkonferenz an Bord des „Carisbrooke Castle" in Southampton eingetroffen. Der Mayor und die Gemeindebehörden kamen an Bord des Dampfers und überreichten eine künstlerisch ausgeführte Adresse, worauf Botha in holländischer Rede, die von einem Dolmetscher übersetzt wurde, seinen Dank für das herzliche Willkommen aussprach.

Dänemark.

* **Ausstand.** Die seit einigen Tagen angekündigte Aussperrung auf den Schiffswerften ist in Kraft getreten. Die Aussperrung umfaßt auf den hiesigen Werften von Burmeister & Wain 2000 Arbeiter, auf dem Kopenhagener Schwimmdock und der Kopenhagener Schiffswerft 300 und auf der Schiffsmaschinenbauerei in Helsingörs 480 Arbeiter. In allen Betrieben sind nur die Arbeiter von Schiffswerften von der Aussperrung betroffen, während sie in den Maschinenbauabteilungen die Arbeit unverändert fortsetzen.

Rußland.

* **Ein Marineprojekt.** Die russische „Liga zur Erneuerung der Flotte" hat ein Marineprojekt ausgearbeitet. An der Spitze der wirtschaftlichen Abteilung, die alle Häfen, Staatswerften und Kais unter sich hat, sowie zur Verteilung der Staatsgelder muß eine Persönlichkeit stehen, die unmittelbar dem Zaren unterstellt ist. Diese Persönlichkeit ist gleichzeitig der jeweilige Hauptchef des Marinewesens in Rußland, für den der Zar kürzlich fast unbeschränkte Machtbefugnisse geschaffen hat. Gehilfe des Hauptchefs soll der jeweilige Hauptdirektor der Schiffsbauabteilungen im russischen Marineministerium werden. In den Angelegenheiten der Häfen soll ein Hauptinspektor, ein Hauptbücherrevisor und ein Direktor der Kanzlei die Oberverwaltung ausüben. Außerdem sollen für jeden Hafen besondere Chefs und Gehilfen ernannt werden. Die für die russische Flotte erforderlichen Schiffe und Ausrüstungen müssen auf dem Submissionswege an russische Firmen vergeben werden, wobei die Fabrikarbeiter und Angestellten auch den Berechnungen der verschiedenen Bücherrevisoren an dem eventuellen Gewinn partizipieren. Die fähigsten und sich besonders auszeichnenden Matrosen können nach Ablegung eines entsprechenden Examens zu Offizieren befördert werden. Der obligatorische Dienst für die Matrosen soll dieselbe Dauer haben, wie der der Landarmee. Da jedoch eine kürzere Dienstzeit in der Flotte nicht zweckmäßig ist, so wird ein Drittel der Schiffsmannschaften, aus Freiwilligen rekrutiert, für den weiteren Dienst belassen. Diese Freiwilligen erhalten ein höheres Gehalt. Zur Vorbereitung der Schiffsmannschaften sollen Spezialschulen errichtet werden. Sobald Schiffe zur Ausreise bestimmt sind oder sich auf der Fahrt befinden, wird zum Höchstkommandierenden der „kluge, willenskräftigste und entschlossenste Seemann" ernannt und ihm ein Stab aus den besten Offizieren beigegeben, die nicht nur tüchtig sind, sondern auch an den Seeschlachten teilgenommen haben.

* **Kann Polen jetzt eine Autonomie erlangen?** Bei der Fortsetzung der Budgetberatungen in der Reichsduma trat am Donnerstag, den 4. d. M., der Sprecher der polnischen Partei zum ersten Mal auf, aber er zeigte wohin die Polen streben. Dieser Vertrauensmann der Polen, der Abgeordnete Stezki, erklärte offen, die Polen würden nicht aufhören, gegen die russische Bureaukratie anzukämpfen, solange ihre Rechte beschränkt seien, und in Polen kein Autonomie eingeführt ist. Finanzminister Kokowzew wies den Redner in ziemlich schroffer Weise zurück mit dem Hinweis darauf, daß Polen auch ein Land der Morde und der Revolution sei. Da nun der Stein ins Rollen gekommen ist, drängt sich unwillkürlich die Frage auf, ob denn die Polen überhaupt in der Lage sind, jetzt eine Autonomie zu erlangen. Die Polen haben überall bis zum heutigen Tage an ihren Traditionen festgehalten und im Stillen immer an die Wiederaufrichtung ihres Königreichs gedacht. Alexander I. glaubte, daß es besser sei, sich den Polen gegenüber freundschaftlich zu verhalten und ihren Wünschen entgegen zu kommen, als eine gewaltsame Russifizierung vorzunehmen. So hat er den Polen verschiedene Zugeständnisse gemacht und im Jahre 1815 das Land zum Zentrum Polen erhoben, wobei die Polen eine Konstitution, eine Selbstverwaltung und den selbständigen Landtag erhielten. Doch — die Polen gaben sich damit nicht zufrieden. Als sie aber nach dem Tode des Zaren ihre Unabhängigkeit mit Waffengewalt erlangen wollten, scheiterte ihr Plan. Sie gingen auch der ihnen von Alexander I. verliehenen Rechte verlustig. Das Russische Reich befand sich damals in fast demselben Zustande wie jetzt: nach dem unglücklichen Krimkriege trat eine Reaktion ein, die russische Gesellschaft erkannte den Bankerott der Regierungspolitik, erhob mächtig ihre Stimme und legte einige für jene Zeiten wuchtige Reformen durch. Als nun die Polen die Schwäche Rußlands zur Verwirklichung ihrer Pläne benutzen wollten, wurden sie mit überaus empfindlichen Verlusten zurückgeschlagen. Nach dem russisch-japanischen Kriege legte sich die russische Gesellschaft nach energischer zur Wehr, und erlangte durchgreifende Reformen, deren Verwirklichung dem Russischen Reiche von kolossalem Nutzen sein wird, zumal wenn die jetzige Reichsduma bei ihrem besonnenen Vorgehen verharrt. Auch diesmal versuchen die Polen, ihre so lange erhaltenen Pläne durchzusetzen, die Autonomie Polens zu erlangen. In den letzten fünfzig Jahren haben die Polen keine Gelegenheit gehabt, sich zu diesem Schritt genügend vorzubereiten. Dafür sorgte schon die russische Regierung. Die sich der Tragweite der polnischen Bestrebungen bewußt war und stets mit geeigneten Unterdrückungsmaßregeln vorgegangen ist. Die Volksbildung steht auf einer niedrigen Stufe, Armut, Verbrechertum und Sterblichkeit sind im Steigen begriffen. Jede Selbständigkeit der polnischen Gesellschaft ist unterdrückt, da sich die ganze Verwaltung in den Händen der russischen Tschinowniks befindet. Klingt es nicht sonderbar, daß Warschau für Sanitätswesen optimal weniger gewährt als Moskau, und in Lodz, dem russischen Manchester mit seinen 400 000 Einwohnern, kaum ein Krankenhaus vorhanden ist? daß die Volksbildung in Polen im letzten Jahrzehnt im Durchschnitt etwa um 16 Proz. gesunken ist, daß das Verbrechertum in den letzten 20 Jahren in Polen um etwa 105 Proz. gewachsen, in derselben Zeit aber in Rußland um 12,7 Proz. gesunken ist, daß die Sterblichkeit in Polen 2—3mal höher ist als in Rußland. Das alles sind Folgen der Russifizierung Polens, der Politik des früheren Regimes. Die russische Regierung gewährte den Polen im Jahre 1905 verschiedene Zugeständnisse, die bei einer weiten Auslegung sicherlich zum Segen des sonst überaus tüchtigen polnischen Volkes hätten wirken würden. Wenn aber die Polen an eine Wiederaufrichtung ihres Königreichs denken und Zugeständnisse mit Gewalt erlangen wollen, ohne daran zu denken, in welcher Lage sich jetzt die polnische Bevölkerung befindet, dann haben sie wenig Aussicht auf Erfolg. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Rußland und bei der sehr als eigenartigen Auffassung des „Verbandes russischer Leute" ist es sehr fraglich, ob Polen eine Autonomie erlangen kann.

* **Wie Kokowzew auch ohne Reichsduma zu Geld kommen will.** Die Budgetdebatten in der Reichsduma haben eine Wendung angenommen, die keineswegs dazu beitragen kann, daß diese wichtige Frage schnell und in der gewünschten Weise erledigt wird. Unter solchen Umständen, und da die russische Regierung trotz des rosigen Budgetberichtes des Finanzministers Geld braucht, hat der Staatssekretär Kokowzew aus seiner Mappe einige der von ihm von langer Hand ausgearbeiteten Projekte hervorgeholt, die nun jetzt Gegenstand lebhafter Erörterungen in Zarskoje Sselo sind, und wovon einige Aussicht auf erfolgreiche Durchführung haben. So besonders die Veranstaltung einer Staatslotterie, die, geschickt organisiert, einen weit größeren Erfolg zu erzielen in der Lage ist, als die letzten äußeren oder inneren Anleihen Rußlands. Diese Staatslotterie kann schon deshalb weit günstigere Aussichten haben, da das Volk nur zehn Rubel kosten soll, worüber dem Lotteriespieler zahlreiche Gewinne, darunter solche von hohen Beträgen, winken werden. Die Veranstaltung einer solchen Staatslotterie wird nach Ansicht des Professors Migulin der russischen Regierung gewiß viel Geld bringen und den Kurs der Anleihen nicht beeinflussen, da in Rußland sehr viel Lotterie gespielt wird, vorwiegend jedoch in ausländischen Lotterieveranstaltungen. Wenn aber die russische Regierung bei der Veranstaltung dieser Staatslotterie, wie dies der Finanzminister Kokowzew vorschlägt, offiziell erklären wird, daß der Ueberschuß dazu benutzt werden soll, den Bauern Land zu geben, Handel und Industrie zu unterstützen und sonstige Wohlfahrtseinrichtungen zu fördern, dann dürfte eine sehr rege Beteiligung seitens der Bevölkerung Rußlands zu erwarten sein. Es braucht natürlich nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß man im russischen Finanzministerium einem solchen oder ähnlichen Projekt das größte Vertrauen entgegenbringt; auch dürfte die Genehmigung des Zaren nicht schwer zu erlangen sein. Ob sich aber die Reichsduma damit zufrieden geben wird — das ist eine andere Frage. Der russische Finanzminister legt sehr wenig Wert darauf, was die Reichsduma zu seinen Operationen sagt.

* **Die Zustände an den Hochschulen.** Der in Petersburg tagende Adelskongreß beschloß, die Aufmerksamkeit der Regierung auf die durch das Richteinschreiten der Regierungsorgane geschaffene unerwünschte Lage des Unterrichtswesens zu richten, bei der die Hochschulen in Revolutionsherde verwandelt würden, und die Mittelschulen in völligem Niedergange begriffen seien.

Rumänien.

* **Nach dem Aufruhr.** Unser Bukarester Korrespondent schreibt uns: Die Regierung hat ein neues Manifest erlassen, das sich an alle Bürger wendet, um, nachdem jetzt der Aufstand niedergeschlagen ist, geordnete und bessere Verhältnisse herbeiführen zu helfen. Um die Zukunft zu sichern, würden die Aufrührer bestraft werden, zugleich aber müsse die Not der Bauern gelindert werden. In dieser Beziehung verspricht die Regierung, alle Eingaben der Bauern zu prüfen und der Verwaltung und dem öffentlichen Unterrichte die ehrliche Unterlage zu geben, ohne die die Arbeits- und Produktionskraft erstickt werde. Das Los der arbeitenden Bevölkerung solle verbessert werden, ohne indessen die berechtigten Interessen der Gutsbesitzer zu verletzen. Die Besitzer und Pächter sollten sich persönlich zeigen, den Bauern entgegenkommen, auf ihre Güter zurückkehren und die allenfallige Wiederaufnahme der Feldarbeit veranlassen, eventuell die Vermittelung der Präfekten anrufen. Der Aufruf appelliert schließlich an die Vaterlandsliebe aller Rumänen, brüderliche Beziehungen mit einander zu pflegen. Durch das erste Manifest hat die Regierung die Lage übrigens vielfach erschwert, indem jenes auf das Unverständnis der Bauern fußt. Diese verlangen nämlich schon jetzt alles das, was in dem Manifest als durch spätere Gesetze herbeizuführende Verbesserungen in Aussicht gestellt wird. Es bricht sich auch in politischen Kreisen die Erkenntnis Bahn, daß es unvorsichtig war, den Bauern die direkte Verpachtung der Staatsgüter und die der Wohltätigkeitsinstitute an sie zu versprechen. Denn der Bauer versteht ohne Anleitung und stete Beaufsichtigung keine rationelle Bewirtschaftung, der Ertrag werde kaum die Hälfte erbringen, der Getreideexport eine große Einbuße und auch — weil die Exporteure mit vielen kleinen Bauern über kleine Quantitäten statt mit einzelnen Großgrundbesitzern über große Quantitäten verhandeln müßten — eine Erschwernis erleiden, und bei Mißernten werde, da der Bauer ohne Kapital arbeite, eine große Einbuße für den Staat entstehen. Im Schoße der Regierung sind denn auch bereits Meinungsverschiedenheiten über den weiteren Gang der zu ergreifenden Maßnahmen ausgebrochen, ebenso wie über die Frage, ob das Parlament schon jetzt oder im Herbst aufgelöst werden soll. Möglicherweise hat das Kabinett Sturdza deshalb keinen langen Bestand, und es kommt vielleicht doch noch zu einem Koalitionsministerium, das in der Tat bei den jetzigen Schwierigkeiten am besten am Platze wäre. — In der vor einigen Tagen stattgehabten Versammlung der Großgrundbesitzer wurde der Führer der Junimisten, der frühere Ministerpräsident Peter Carp, einer der aufgeklärtesten Köpfe Rumäniens, zum Präsidenten der Agrargesellschaft gewählt.

Serbien.

* **Notbudget.** Das Amtsblatt veröffentlicht einen Ukas des Königs, nach welchem das Budget für 1906 mit Zustimmung des Staatsrates bis zum 14. Juni d. J. verlängert wird.